

Zypern als Blaupause – anstatt Island als Beispiel

Zypern, Irland und Island – drei Inseln und drei Krisen im aufschlussreichen Vergleich Winfried Wolf

Der Chef der Gruppe der EU-Länder mit der Einheitswährung Euro, Jeroen Dijsselbloem, versuchte sich ein paar Tage lang herauszureden. Das Wort „template“ kenne er gar nicht; sein Englisch sei eher mittelmäßig. Daher könne er auch nicht gesagt haben, die EU-Vorgehensweise in Zypern sei eine „Blaupause“ oder ein „Modell“ dafür, wie zukünftig mit anderen Krisenländern verfahren werde. Tatsächlich hat der niederländische Politiker und aktuelle Eurogruppen-Chef eben dies gesagt und dies auch so gemeint. Unter anderem führte er im Zusammenhang mit seinem Satz über eine Blaupause Zypern und mit Blick auf andere EU-Länder mit großem Bankensektor aus: „Stärkt Eure Banken, repariert die Bilanzen. Und seid Euch im Klaren darüber: Wenn Banken in Probleme geraten, kommen wir nicht automatisch, um sie zu lösen.“¹

Dass Zypern in den Fokus der Euro-Krise gelangen würde, war spätestens Mitte 2012 deutlich geworden. Damals hatten EU und IWF sich auf ein neues Hilfspaket für Griechenland geeinigt. Man verständigte sich dabei auf eine Verlustbeteiligung privater Gläubiger. Während es den großen Banken in Deutschland, Frankreich und Großbritannien in den vorausgegangenen zwei Jahren gelungen war, aus griechische Anleihen auszusteigen oder diese abzuschreiben, blieben die eng mit der griechischen Ökonomie verflochtenen zypriotischen Banken weiter massiv in Griechenland engagiert. 40 Prozent aller Kredite, die die drei größten Banken Zyperns (darunter die jetzt zur Abwicklung ausersehene Laiki-Bank) ausgereicht hatten, konzentrierten sich auf Kunden in Griechenland. Und es geht um mehr als um die Finanzwirtschaft: Die gesamte Wirtschaft Zyperns – genauer: des griechischen Teils der Insel und des EU-Mitglieds Zypern – ist eng mit der hellenischen Wirtschaft verflochten. Im Sommer 2012 konnte man in der konservativen Tageszeitung „Die Welt“ lesen: „Der Niedergang der hellenischen Wirtschaft droht jetzt den Nachbarn Zypern in den Abgrund zu reißen. Verantwortlich sind dafür die traditionell engen geschäftlichen Beziehungen zwischen Zypern und Griechenland.“²

Damit aber erweisen sich die drei klassischen Schuldzuweisungen, die in der Öffentlichkeit als Erklärung für die Zypern-Krise kolportiert werden, als unzutreffend oder zweitrangig.

„Zypern hat über seine Verhältnisse gelebt und ist überschuldet“. Tatsächlich lag die Staatsschuld Zyperns als Anteil am Bruttoinlandsprodukt am Beginn der Finanzkrise 2007/2008 unter 50 Prozent und 2012 bei rund 65 Prozent. Sie lag und liegt damit deutlich unter dem deutschen Niveau. Wenn sie jetzt explodiert, dann hängt dies teilweise mit dem erwähnten Schuldenschnitt in Griechenland und eng mit der jüngsten Zuspitzung der Finanzkrise zusammen. Doch dafür trägt die Eurogruppe die wesentliche Verantwortung. Wenn es in diesen Tagen heißt, die Staatsschuld Zyperns werde bald bei 150 Prozent des BIP liegen, dann wird damit gesagt: Mit der „Lösung“ der Krise, wie sie von der EU diktiert wurde, wird Zypern in einen Zustand der Dauerkrise versetzt.

„Zypern ist ein Hort für Schwarzgeld, insbesondere für russisches.“ Tatsächlich ist die Verflechtung der zypriotischen Wirtschaft mit der EU und insbesondere mit Griechenland weit wichtiger als das

¹ Nach: Handelsblatt vom 26. März 2013.

² Tobias Kaiser, „Geplatzt Traum im Mittelmeer“, in: Die Welt vom 30. Juni 2012.



Engagement russischen Kapitals. Der EU-Beitritt Zyperns im Jahr 2004 und die Einführung des Euros 2008 waren schließlich an strikte Kriterien, die Brüssel auferlegte, geknüpft. Ausdrücklich attestierte damals die EU, dass Zypern allen juristischen, regulatorischen und wirtschaftlichen Kriterien der EU genüge. Bisher gibt es auch niemanden in der EU, der wie im Fall Griechenlands argumentieren würde, die EU sei durch Zypern „getäuscht“ worden; es habe Manipulationen in den Statistiken gegeben. Einmal abgesehen davon, dass dies auch im Fall Griechenlands Ausdruck einer unehrlichen, scheinheilige Debatte ist.

„Zyperns Bankensektor ist völlig aufgebläht“: Der zypriotische Finanzsektor wuchs insbesondere nach dem Beitritt zur EU und besonders stark nach Einführung des Euro. Diese Entwicklung hat also viel mit der allgemeinen Entwicklung des weltweiten Finanzsektors und mit der Liberalisierung dieses Bereichs, der ja gerade von der EU vorangetrieben wurde, zu tun. 2011 forderte der IWF noch, Zypern solle seinen „Schuldenberg abbauen, damit das Land seine Position als internationales Geschäfts- und Finanzzentrum *ausbauen*“ könne.³ Im übrigen ist der Finanzsektor in Zypern nicht wesentlich größer als derjenige in der Schweiz. Er ist bereits kleiner als derjenige in Malta. Er wird von demjenigen in Luxemburg um ein Vielfaches übertroffen. Vor allem – bleiben wir bei den „Krisenländern“ – ist er kleiner als derjenige in Irland zur Zeit des Ausbruchs der Krise. Im Jahr 2011, drei Jahre *nach* Ausbruch der Finanzkrise in Irland, überstieg die Bilanzsumme der irischen Banken das Bruttoinlandsprodukt dieses Landes um das Neunfache. In Zypern liegt dieser Wert beim Siebenfachen.⁴

Warum aber wurde Irland durch die Eurogruppe mit einem – auch gemessen an der Größe der Bevölkerung – deutlich größeren Kredit geholfen? Warum wurde im Fall Irland darauf verzichtet, eine Eigenbeteiligung des Landes und der Bankkunden zu verlangen? Und warum gab es weder in Irland noch anderswo – Griechenland teilweise ausgenommen – ein derartiges Hineinregieren der Eurogruppe in ein Krisenland, unter anderem mit der Festlegung, dass eine *spezifische* Bank, die Laiki-Bank, abgewickelt werden müsse? An der Art der Krise kann es nicht gelegen haben. In Irland stehen heute noch 294.000 neu errichtete Wohneinheiten leer; tausende werden bereits mit Baggern eingeebnet.⁵ Vergleichbare Krisenphänomene wurden bisher aus Zypern nicht berichtet. Auch kann es nicht an der Größe der Gefahr gelegen haben: Das Bruttoinlandsprodukt Zyperns in Höhe von 17 Milliarden Euro entspricht dem Umsatz von Siemens in einem Quartal. Die umfassende Pleite, in die die zypriotische Volkswirtschaft mit der jetzt aufgezwungenen Lösung getrieben wird, wird die Steuerzahler in der EU perspektivisch deutlich mehr kosten wie aktuell eine relativ großzügige Hilfe gekostet hätte.

³ Markus Zydra, „Der nächste Wackelkandidat: Zypern“, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. Juli 2011.

⁴ Angaben nach: Peter Spiegel / Joshua Chaffin, „Cyprus faces triple wave of trouble“, in: Financial Times, 28th of July 2011. Eine andere Aufstellung, dieses Mal für das Jahr 2012, nennt die folgenden Größen der Bilanzsummen des jeweiligen nationalen Finanzsektors im Vergleich zum jeweiligen BIP: Deutschland und Österreich 311 bzw. 314 %; Schweiz 482 %; Großbritannien 501 %; Zypern 717 %; Irland 718 %; Malta 788 %; Luxemburg 2174 % (im Fall Luxemburg ist also die Bilanzsumme des nationalen Bankensektors 21 Mal größer wie das BIP. Angaben EZB nach: Handelsblatt vom 27. März 2013.

⁵ In Irland wurden 1995 bis 2005 553.000 Immobilien neu gebaut. In den derzeit knapp 300.000 leer stehenden Wohneinheiten könnte rund eine Million Menschen leben. Irland zählt nur 4,5 Millionen Einwohner. Angaben nach: Financial Times Deutschland vom 24. Juli 2012.

Sicher spielen bei den Krisenländern Zypern und Irland spezifische Faktoren eine Rolle: Irland ist deutlich größer als Zypern; die enge Verflechtung mit Großbritannien erforderte – zumindest zum Zeitpunkt des damaligen Hilfsprogramms der Eurogruppe – eine größere Rücksichtnahme. Die Möglichkeit, mit der für Zypern gefundenen Lösung die eine oder andere Milliarde Euro Kofinanzierung seitens russischer Anleger zu erzielen, mag verlockend gewesen sein. Hier gibt es im übrigen vergleichbare Interessen in Moskau. Putin fordert seit geraumer Zeit, dass die Oligarchen-Milliarden nicht im Ausland, sondern in Russland angelegt werden müssten.

Letzten Endes geht es jedoch im Fall Zypern wirklich um diese „Blaupause“, um ein klassenpolitisches Modell der Krisenlösung. Dieses Modell kennt drei Bestandteile:

Erstens wird es durch ein Diktat der EU, gegebenenfalls vertreten durch die Europäische Zentralbank (EZB), durchgesetzt. Am 22. März hatte die in Deutschland führende Wirtschaftszeitung, das „Handelsblatt“, die Schlagzeile: „Das Ultimatum“. Die Unterzeilen: „Im Poker um Zyperns Zukunft geht Mario Draghi aufs Ganze. Der EZB-Chef droht, Anfang der Woche den Geldhahn zuzudrehen, wenn es bis dahin keine Rettungspaket gibt... Das Ultimatum ist ein traditionelles Mittel der Politik. Nicht selten ging das Ultimatum einer Kriegserklärung voraus.“⁶

Zweitens ist dieses Modell kombiniert mit einer Ausschaltung der Demokratie, des nationalen Parlamentes. Wie lange die Banken auf Zypern geschlossen blieben, welche Bank abgewickelt wird und welche Guthaben wie hoch belastet werden – all das wurde in Brüssel entschieden. Aufschlussreich war auch, wie kurz zuvor führende EU-Politiker, darunter Bundeskanzlerin Merkel, in den Präsidentschaftswahlkampf in Zypern zugunsten des konservativen Kandidaten Nikos Anastasiadis, eingegriffen hatten, und wie dieser Merkel-Vasall, nachdem er gewählt war, dann in den Tagen der Zypern-Krise in Brüssel den Watschenmann abgeben musste.

Drittens läuft dieses Modell auf den aggressiven Einsatz einer schweren Wirtschaftskrise zur Senkung des Lebensstandards, der Lohnkosten und damit perspektivisch auf eine dadurch bewirkte Erhöhung der Gewinne in der Eurozone hinaus.

Mit dieser Blaupause, die im übrigen in Griechenland bereits weitgehend zur Anwendung kam, soll ein für alle Mal ausgeblendet werden, dass es andere Arten von Krisenlösungen gibt – solche unter Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung, wie es dies am anderen Ende in Europa bis heute gibt.

Island ist, wie Zypern, eine ähnlich große Insel in Europa. Sie geriet 2008 in eine vergleichbare Krise. Auch Island avancierte zuvor zu einem der weltweit bedeutendsten Finanzplätze. 2007 war die Bilanzsumme der drei größten Banken des Landes sogar zehn Mal höher als das isländische Bruttoinlandsprodukt. Im Herbst 2008 zerbröselten die isländischen Großbanken im Rahmen der internationalen Finanzkrise. Die isländische Regierung verstaatlichte die Banken. Die Regierungen in London und Den Haag entschädigten in ihren Ländern einige zehntausend Anleger, die bei dem Bankenkrach in Reykjavik ihr Geld verloren hatten – und forderten jetzt von Islands Regierung ultimativ, die beim isländischen Bankenkrach vernichtete Summe von knapp 4 Milliarden Euro zu erstatten. Islands Regierung wollte durchaus einlenken. Doch die Menschen in Island lehnten es in

⁶ Handelsblatt vom 22. März 2013.

drei Volksabstimmungen – im März 2010, im April 2011 und am 20. Oktober 2012 – ab, für die spekulativen Geschäfte einiger Weniger zu bezahlen. Im dritten Referendum stimmten darüber hinaus mehr als 80 Prozent der Forderung zu, dass „die natürlichen Ressourcen Islands vergesellschaftet“ werden müssen. Dabei bewiesen die Menschen in Island mit ihrer „Nein-Sagerei“ erstaunlichen Mut. Denn 2010 gab es bereits eine offizielle Arbeitslosigkeit von 10 Prozent. Das war damals das gleiche Niveau wie in Griechenland zu diesem Zeitpunkt und oder wie in Zypern im Jahresdurchschnitt 2012.

Und wie sieht die Bilanz Ende 2012 aus? Die Arbeitslosigkeit Islands wurde auf 4,8 Prozent halbiert – eine der niedrigsten Raten in Europa. Die Staatsverschuldung liegt mit 66,4 Prozent erheblich unter dem EU-Durchschnitt. Das Bruttoinlandsprodukt war 2011 und 2012 deutlich positiv (3,1 und 2,4 %). Der Bankensektor ist fast komplett verstaatlicht. Der Sozialstaat blieb weitgehend erhalten. Islands Währung wurde deutlich abgewertet, was den Exporten half und den Tourismus unterstützte. Und es gibt das, was jetzt in Zypern unter ganz anderen Vorzeichen eingeführt wird: rigide Kapitalverkehrskontrollen, also eine drastische Einschränkung der freien Kapitalbewegungen über die Landesgrenzen hinweg. Während in Zypern die Kapitalverkehrskontrollen dazu dienen, einen Sturm auf die Banken zu verhindern, dienten sie auf Island vor allem dazu, eine Spekulation gegen die isländische Krone abzublocken. Über eine eigene Währung verfügt Zypern allerdings seit 2008 nicht mehr.

Interessant am Beispiel Island ist auch: Im Verlauf der Krise und der Krisenbewältigung wuchs in der isländischen Bevölkerung die Anti-EU- und die Anti-Euro-Stimmung. Inzwischen lehnen gut Zweidrittel der isländischen Bevölkerung einen Beitritt des Landes zur EU ab.

Bisher wird das Beispiel Island in den „Qualitätsmedien“ Europas mit Nichtbeachtung behandelt oder kleingeredet. Man darf jedoch gespannt sein, wann seitens der EU oder seitens „der Finanzmärkte“ - die ja letzten Endes keine anonyme Macht darstellen, hinter denen Personen, Institutionen und Regierungen stehen – ein Angriff gegen dieses „andere Modell“ gestartet wird.

Einstweilen erklären maßgebliche Personen in der EU, wie exemplarisch für sie das Vorgehen in Zypern ist. Der deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sagte, den plural majestatis verwendend: „Wir haben jetzt das erreicht, was wir immer für richtig gehalten haben.“⁷ Wobei bedacht werden sollte, dass es eine erste „Lösung“ der Zypern-Krise durch die Euro-Gruppe gab, bei der alle Anleger, auch diejenigen mit kleineren Bankguthaben, geschröpft werden sollten. Schäuble hatte damals diese Lösung drei Tage lang offensiv verteidigt. Man sollte tunlichst davon ausgehen, dass in einer späteren Phase der Euro-Krise auch auf diese „Lösung“ zur Garantie der Profite großer Banken zurückgegriffen wird.

Apropos große Banken. Der Chefvolkswirt der größten europäischen Bank, der Deutschen Bank, David Folkerts-Landau, äußerte sich ebenfalls ausgesprochen offen zum Fall Zypern. Man befinde sich hier „mitten in einem Experiment“, erklärte dieser Herr. Der Deutsche Bank-Vertreter bedauerte, dass durch die Garantie der EZB für eine Euro-Stabilität „der Reformdruck stark gesunken“ sei, was man „besonders in Spanien und Italien“ merke. Er begrüßte ausdrücklich, die im Fall Zypern

⁷ In: Handelsblatt vom 26. März 2013.

gefundene „Lösung“. Es sei doch „unwahrscheinlich, dass ohne den Druck der Finanzmärkte (...) die unbedingt notwendigen strukturellen Reformen unternommen werden.“⁸

Winfried Wolf ist Chefredakteur von Lunapark21

Der Beitrag ist in einer stark gekürzten Fassung [in der WOZ](#) vom 10.4.2013 erschienen

⁸ Interview in: Handelsblatt vom 26. März 2013.

